

NO G8

**Menschen
vor Profite!**

Warum wir gemeinsam mit euch aus Tiergarten, Wedding, Moabit, Mitte gegen den G8-Gipfel protestieren wollen.

Einladung zur Mobilisierungsveranstaltung der Links.PDS Berlin-Mitte.

Vom 6. bis 8. Juni 2007 treffen sich in Heiligendamm die Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen zum Gipfel. Die Auswirkungen ihrer Beschlüsse sind weltweit Ausbeutung und Hunger, Sozialabbau, Ausgrenzung, Klimawandel und Krieg. Und was hat das mit uns im Bezirk Mitte zu tun? Privatisierung von Wasser und Wohnungen, marode Schulen, zu wenig LehrerInnen, Verelendung ganzer Viertel. Und Edelboutiquen für die Schickleria, Luxus-Regierungswohnungen, Sonys Glaspaläste, Mehdome-Prestige-Schrottbahnhof... Dafür steht die G8: Sie ordnen die Bedürfnisse der Menschen den Profitinteressen der Konzerne unter.

Wir wollen bei unserer Veranstaltung nicht nur informieren, sondern auch konkret besprechen, wie wir mit vielfältigen Aktivitäten sowie Menschen wie möglich für die Proteste gegen die G8 begeistern können.

In Heiligendamm können wir AktivistInnen aus aller Welt treffen und gemeinsam für eine bessere Welt streiten.

**Mobilisierungsveranstaltung in Mitte:
Protest kann gewinnen.
Unsere Welt ist keine Ware.**

ReferentInnen:

Christine Buchholz (Bundesvorstand WASG)

Wolfgang Gehrcke (MdB, Bundesvorstand DIE LINKE)

Daniel Wucherpfennig (DGB-Jugendsekretär)

Freitag 16. März, 18.30 Uhr
Haus der Jugend,
Reinickendorfer Str. 55,
13347 Berlin
U-Bhf Nauener Platz (U9), Bus 127, 248, 328
Tram 23, 24 (Luise-Schröder-Platz)

DIE LINKE. PDS

Bezirksverband Mitte von Berlin
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel.: (030) 240 09-336
www.die-linke-berlin-mitte.de

•••••

- Noch in dieser Ausgabe:
- Arm durch Arbeit S: 3
- Brot und Rosen - Frauentag 2007 S: 5
- Interview mit Patrizia Testa S: 6
- Die neue Linke Teil 2 S: 8
- Ideen für den Kiez S: 10
- Rente mit 67 S: 12

•••••

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff



**Wieder 950 Arbeitsplätze
im Wedding in Gefahr**

Weißer Ritter nur für Schering-Aktionäre* von Werner Schulten

Der Fall Schering ist das aktuellste und bezeichnendste Beispiel für die schädlichen Auswirkungen von Kapital-spekulationen auf Volkswirtschaft und Arbeitnehmer.

Das einzige DAX-Unternehmen Berlins

hat seit 1864 seinen Standort im Wedding. Ein gesundes Unternehmen, in dem die Mitarbeiter gerne von der Schering-Familie sprachen. Ein Unternehmen, das in den letzten fünf Jahren einen Gewinn von fast 4 Milliarden Euro erzielte. *Fortsetzung auf Seite 2*

„Ist doch alles bestens,“ könnte man als unbedarfter, weil mit gesundem Menschenverstand Denkender meinen. Weit gefehlt: Im derzeit entfesselten Kapitalismus bedeutet dies nur, dass es von feindlicher Übernahme bedroht ist. Feindliche Übernahmen drohen durch Hedge-Fonds, die das Unternehmen größtenteils mit dessen eigenem Geld kaufen und anschließend ausschachten, von einem Konzern, der einen Konkurrenten vom Markt haben will oder von einem, der seine Marktposition in bestimmten Angebotssegmenten stärken will. In allen Fällen passiert als Erstes, mal mehr und mal weniger, das Gleiche: Es werden Arbeitsplätze abgebaut.

Der Grund, warum ein gesundes, gut funktionierendes Unternehmen zum Übernahmekandidaten wird, liegt in der Tatsache, dass seine Aktien unterbewertet sind. Deren Wert lässt sich aber nur erhöhen, indem Massentlassungen angekündigt werden. Was in der perversen Situation mündet, dass Entlassungen angekündigt werden müssen, wenn man Entlassungen verhindern will.

Diese Feststellung alleine ist schon schlimm genug. Noch schlimmer ist jedoch die Tatsache, dass die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Schädlichkeit solcher Vorgehensweise aus dem Bewusstsein der Politiker und Medienmacher weitgehend verschwunden ist. „Bedauerlich, aber wohl unvermeidlich“, lauten denn auch die Kommentare.

Mit dem Bewusstsein der Menschen ist das ohnehin so eine Sache. So ist der **Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes** „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ noch gar nicht dort angekommen, weshalb die FDP kürzlich auch folgerichtig die ersatzlose Streichung des aus diesem Absatz resultierenden Artikels 15 beantragt hat mit der Begründung, er sei ohnehin noch nie angewandt worden.

Der vom „Weißen Ritter“ übernommene

Konzern verspricht sozialverträglichen Stellenabbau.

Sozial stammt vom lateinischen Wort „socialis“, die Gesellschaft, Gemeinschaft betreffend.

Folglich ist nach Meinung der Bayer-Manager für die Gesellschaft verträglich, wenn Arbeitsplätze zum ausschließlichen Zweck der Erhöhung des Profites der Kapitaleigner abgebaut werden.

Der Senat steht natürlich vor einem größeren Problem: Geht er allzu forsch gegen Bayer vor, riskiert er die Verlegung des Firmensitzes aus Berlin oder zumindest Gewinnverschiebungen und damit erhebliche dringend benötigte Steuereinnahmen.

Vielleicht kommt ja Hilfe von staatlicher Seite, und zwar von der Finanzaufsicht. Die hat nämlich, wie die WIWO am 17. Februar berichtete, eine formale Untersuchung eingeleitet.

Die deutsche Finanzaufsicht sieht erste konkrete Hinweise für einen Insiderhandel bei der Übernahme von Schering durch den Chemieriesen Bayer.

Aber auch bei einer positiven Feststellung ist leider kaum zu erwarten, dass sie zur Rückabwicklung der Übernahme führt, sondern nur zu Strafzahlungen und einzelnen Strafverfahren, die üblicherweise irgendwann eingestellt werden.

Die Entlassungen verhindern kann nur der Druck der Öffentlichkeit.

****An den Aktienmärkten wird ein Unternehmen als „Weißer Ritter“ bezeichnet, das bei einer geplanten feindlichen Übernahme dem Übernahmekandidaten zu Hilfe kommt. Im Fall Schering wurde Bayer zum „Weißen Ritter“, weil das Angebot finanziell attraktiver war als das von Merck und die drohende Gefahr der Verlagerung des Unternehmensstandortes Berlin nach Darmstadt abgewendet wurde.***

Impressum:

uff'n wedding, als Informationsblatt, wird herausgegeben von der Basisorganisation Wedding, der Linkspartei.PDS. Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co.
Prinz-Eugen-Str. 11,
13347 Berlin, Tel. 465 07 109
email:pds@linkstreff.de
web:www.linkstreff.de

Für die Veröffentlichung von Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht von Kürzungen vor.

Die AG´s im Linkstreff

AG Öffentlichkeit und Zeitung nächster Termin 16. März 07

17.00 Uhr

AG Kommunikation nächster Termin 19. März 07

17.30 Uhr

AG Wahlauswertung nächster Termin 20. März 07

17.30 Uhr



Beratung und Informationen im Linkstreff:

Zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV

immer am letzten Mittwoch im Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr
Mit Rechtsanwalt André Roesener

Fragen und Informationen zu Hartz IV

jeden Donnerstag
von 17.00 bis 19.00 Uhr

Sprechstunde der Beratungsstelle für MigrantInnen und Flüchtlinge

des Landesvorstandes der *Linkspartei*
jeden Dienstag
von 11.00 bis 14.30 Uhr

Informationen zur Basisorganisation der Weddingener *Linkspartei*

Montag bis Freitag
von 16.00 bis 19.00 Uhr

Auswertung des Bundesparteitages mit Bodo Ramelow, Mitglied des Parteivorstandes

in Mitte

Wann: Mittwoch, 28 März 2007, 19:00 - 21:00

Ort: BVV-Saal, Parochialstraße 1-3 (U-Bahnhof Klosterstraße)

Für die Sanierung der Sozialversicherungssysteme ist genug Geld da, aber in den falschen Händen. In den letzten 10 Jahren (1993 bis 2003) ist der gesellschaftliche Reichtum (das so genannte Bruttoinlandsprodukt) real um 15 % gestiegen. Bei gerechter Verteilung des Volkseinkommens hätten die Löhne und Renten in diesem Zeitraum ebenfalls um 15 % steigen müssen. In Wirklichkeit sind die Löhne jedoch um 4 % gesunken. Die Rentner wurden mit höheren Abgaben zur Sozialversicherung, mit Steuern und mit Zuzahlungen im Gesundheitssystem belastet und haben ebenfalls weniger Geld in der Tasche. 10 % der Bevölkerung verfügen über die Hälfte des privaten Geldvermögens. Es ist im letzten Jahr um 240 Milliarden Euro auf 4530 Milliarden Euro gestiegen.

Wir müssen diese Politik entlarven und ihr entgegenreten, weil die Löcher in der gesetzlichen Rentenkasse kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem sind.

Die Unternehmer und Regierungen tragen die Verantwortung, weil sie die sozialversicherungspflichtige Arbeit abbauen und die Umwandlung in Minijobs und prekäre Beschäftigung fördern. Wenn das Volkseinkommen immer weiter zugunsten von Unter-

nehmergewinnen und Vermögen der Reichen verschoben wird und die Lohnquote einen historischen Tiefstand nach dem anderen erreicht, dann hat das negative Auswirkungen auf die Rentenkasse. Wir sagen daher Nein zur Rente mit 67, nein zu Lohnrückerei. Für einen Mindestlohn von acht Euro brutto, für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Dafür kämpfen wir - wie unsere KollegInnen in Frankreich, Italien und Österreich.

Die Rente mit 67 benachteiligt Frauen

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, will das Bundeskabinett ein Gesetz, das Frauen benachteiligt, verabschieden. Die Regelung geht an der Lebensrealität von Frauen vorbei. Zwar werden drei Jahre Erziehungszeit pro Kind als Beitragszeit anerkannt, doch die tatsächliche Unterbrechung der Erwerbstätigkeit ist häufig länger. Der Wiedereinstieg in den Beruf wird durch die schlechte Lage am Arbeitsmarkt erschwert. Frauen verdienen nach wie vor weniger und arbeiten öfter in Minijobs und Teilzeitarbeit. Daher sind die Renten von Frauen nach wie vor gering. Die durchschnittliche Rentenhöhe von Frauen in Westdeutschland beträgt 495 Euro, in Ostdeutschland 661 Euro. Frauen haben nach wie vor ein höheres Risiko der Altersarmut.

„Rente mit 67“ – WAS WIRD AUF UNS ZUKOMMEN:

Ab **2007** wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung von derzeit 19,5% auf **19,9%** steigen und soll bis 2009 konstant bleiben.

Ab **2012** soll das Rentenalter in Monatsschritten erhöht werden, und ab **2024** in 2-Monatsschritten bis letztlich 2029.

Alle Jahrgänge ab 1947 können dann nicht mehr mit 65 in Rente gehen, die Jahrgänge ab 1964 müssen dann bis 67 arbeiten.

Laut Regierung soll der Rentenbeitragssatz bis 2020 die **20%** und von 2020 – 2030 die **22%** nicht übersteigen.

Um eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu erreichen, muss man **40 Beitragsjahre** zu einem Durchschnittslohn gearbeitet haben.

Bei früherem Renteneintritt, möglich erst ab 63 Jahre, gibt es große Abschläge (bis zu 14,4%!).

Durch zusätzliche Rentenkürzung von 0,4% jährlich (Nachhaltigkeitsfaktor), wird das Rentenniveau zudem bis 2030 auf **43-46%** des letzten **Nettolohnes** abgesenkt.

Arm durch Arbeit

Ein Weddinger Hartz IV-Schicksal



Berlin-Wedding, Liebenwalder Straße. Es ist einer der in diesem Winter so seltenen wirklich kalten Tage. Es ist halb sechs und schon wieder dunkel. Der 44jährige Helios Kyriakis (Name v. d. Red. geändert) schiebt sein Fahrrad auf die Straße, um den Weg anzutreten, der nun schon seit acht Monaten sein Leben bestimmt - sechs Tage in der Woche, zweiundfünfzig Wochen im Jahr. Das heißt, heute eine halbe Stunde früher als sonst, denn er hat sich mit mir verabredet, um mir ein Interview zu geben. Auch wenn er nicht verstanden hat, warum ich an seiner Geschichte interessiert war.

Als Helios vor zwanzig Jahren nach Deutschland kam, hatte er große Pläne, wollte sich eine solide Existenz aufbauen, eine sichere Basis für eine Familie. Wenn er heute darüber nachdenkt, weiß er gar

nicht so recht, warum es so schief gelaufen ist. Er hatte schnell Arbeit gefunden, aber mit seiner jungen Familie lief es nicht so richtig. Vielleicht lag's daran, dass die Ehe kinderlos blieb. Vor zehn Jahren hatte sich jedenfalls seine Frau von ihm getrennt. Sechs Jahre später folgte der nächste Schicksalsschlag. Er wurde arbeitslos, hatte zu der Zeit auch noch Schulden bei der Bank, die er in kleinen Raten abzahlte. Nach Abstufung auf Hartz IV war ihm auch das nicht mehr möglich. Eine neue Stelle zu bekommen, war für Helios so gut wie unmöglich, hatte er doch keine Berufsausbildung. Die knapp 600 Euro vom Jobcenter reichten nicht mal für seine Zigaretten. An Rückzahlung seines Kredites war da schon gar nicht zu denken.

Da Helios aber nicht nur ein Mensch ist, der immer den geraden Weg durchs Leben wählt, sondern sich auch für keine Arbeit zu schade ist, geriet er vollends in die Falle eines menschenverachtenden Systems, in dem die Schwächsten gnadenlos ausgenutzt werden. Im Juni des letzten Jahres fand er tatsächlich Arbeit. Besser ausgedrückt: Erwerbsarbeit, wobei die Betonung auf Arbeit, weniger auf Erwerb liegt. 290 Euro bekommt er jeden Monat als Subunternehmer einer Reinigungsfirma. Dafür hat er die Reinigung eines Supermarktes in Mitte übernommen. Er hat natürlich keine 290 Euro mehr als vorher, denn vom Jobcenter bekommt er seitdem nur noch 420 Euro, aber er kann kleine Raten an die Bank zurückzahlen, auch wenn die kaum dazu reichen, die laufenden Zinsen zu zahlen. Schließlich laufen die unter ungenehmigte Überziehung, und da kommen noch mal fette Prozente zu den Dispo-Zinsen für die Bank hinzu.

Ob man sich beim Jobcenter denn nicht gewundert habe über diesen seltsamen Ver-

Acht Euro Mindestlohn:

Davon haben alle etwas.

trag, den er mit dem Reinigungsunternehmer abgeschlossen hat, fragte ich ihn. „Nein, warum?“ war seine Antwort. Man habe das zur Kenntnis genommen und ausgerechnet, wie viel von den 290 Euro er behalten dürfe.

Wir helfen beim Widerspruch gegen Ihren Hartz IV-Bescheid

Termine siehe Seite 15

Und so radelt Helios Richtung Torstraße, um mit der Reinigung des Lagers und Büros zu beginnen. Die Verkaufsräume sind später dran, schließlich ist erst um 20 Uhr Ladenschluss. Morgen früh um acht muss er fertig sein, dann wird der Markt wieder geöffnet. Das wird meist knapp, denn Pfusch kennt er nicht. Er beklagt sich auch nicht. Fragen, warum er denn für diesen Ausbeuter arbeitet für diesen Hungerlohn, beantwortet er damit, er sei froh, dass er diese Arbeit habe und sie auf keinen Fall verlieren will. 100 Euro mehr, oder wenigstens 50, wären zwar schön, aber er müsse mit dem zufrieden sein, was er hat. Vor Weihnachten hatte er gehofft, eine kleine Zuzahlung zu bekommen, aber damit war es nichts.

Er würde selbst ums Überleben kämpfen, hatte ihm sein Ausbeuter beschieden.

Morgen früh gegen neun wird er totmüde ins Bett fallen, um fünf oder sechs Stunden später wieder aufzustehen, zu seinem Freund zu gehen, der einen Kiosk betreibt, und ihm ein wenig helfen. Der versorgte ihn im Gegenzug mit seinen geliebten Zigaretten. Viel Zeit war es ja auch nicht, die er dort mithelfen konnte, schließlich musste er sich um halb sechs wieder auf den Weg machen, Geld für einen skrupellosen Unternehmer, fürs Jobcenter und für die Bank verdienen.

Bis zu 90 Stunden pro Woche, 52 Wochen im Jahr. Für nicht einmal einen Euro die Stunde.

Zugegeben, ein extremes Beispiel, bei dem es schwer fällt zu glauben, dass es wirklich jemanden gibt, der dies mit sich machen lässt. Aber alleine die Tatsache, dass dies möglich ist, zeigt, in welcher gefährlichen Mischung aus neoliberaler Gesetzgebung und durch Medien erzeugtem Klima wir uns befinden.

Werner Schulten



allen bisherigen Reformen, die Arbeitgeber und vor allem die Versicherungen und Banken, die jetzt durch Zusatzversicherungen den großen Reibach machen wollen.

Durch die Rentenreform sind Millionen Jobs bedroht –für Jüngere. Während Oma und Opa länger arbeiten sollen, sind die Enkel arbeitslos. Natürlich auch nur, wenn die Arbeitgeber sie so lange beschäftigen. Mehr als die Hälfte der Arbeitssuchenden ab 50 finden keine feste Anstellung mehr. Ein Großteil der Beschäftigten schafft es kaum, bis 65 zu arbeiten: der Leistungsdruck ist so angestiegen, dass immer mehr Beschäftigte nicht nur körperlich, sondern auch psychisch nicht durch halten.

So bringt die höhere Altersgrenze für viele nichts anderes als eine schmerzhafteste Rentenkürzung. Wer über 50 und ohne Arbeit ist, rutscht über Hartz IV unweigerlich in die Altersarmut. Empfänger von Arbeitslosengeld II erwerben pro Jahr einen Anspruch auf monatlich 4,30 Euro

Rente.

Um dieses Mammutprojekt gemeinsam zu realisieren, schrecken Regierung, Medien und Wirtschaft vor keiner Form der Demagogie und Manipulation zurück. Alt und Jung werden gegeneinander ausgespielt:

Die Bevölkerung werde immer älter, immer mehr Rentner würden immer weniger Erwerbstätigen gegenüber stehen. Die Älteren würden auf Kosten der Jungen leben. Aus diesem Grund sei die gesetzliche Rente unbezahlbar geworden und daher wären ein höheres Renteneintrittsalter und eine Absenkung des Rentenniveaus unvermeidbar. Die Lücke müsse dann eben durch private Vorsorge geschlossen werden.

Diese Argumentation ignoriert, dass die Alterung der deutschen Bevölkerung nicht neu ist, sondern ein Trend seit 100 Jahren und dass die Finanzierbarkeit von Renten in erster Linie von der Produktivität der Gesellschaft abhängt, die seit Jahrzehnten kontinuierlich steigt. Die einzige Frage ist: Wer profitiert von dieser steigenden Produktivität und wer hat ein Interesse daran?



tige Entscheidung darüber, welche Projekte gefördert werden. Das QM sucht dann in einem öffentlichen Auswahlverfahren einen passenden Träger, der das Projekt durchführt.

„Natürlich lassen sich so [beim QM] nicht grundsätzliche Probleme wie Armut oder Arbeitslosigkeit in einer Stadt lösen. Aber mit Mut und Überzeugungskraft könne man Leute auf allen Ebenen aktivieren. Und daran sieht man, was sich [...] gemeinsam für ein besseres Leben vor Ort machen lässt.“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)

So weit so gut – oder etwa nicht? Da wird Geld ausgegeben für Projekte, für die Neugestaltung von Plätzen, für Sauberkeit und Ordnung – und was macht die dort ansässige Bevölkerung? Meckern.

Da wird kritisch nachgefragt, wofür das Geld ausgegeben wird. Ob das denn nun die richtigen Projekte wären. Die Bevölkerung wird beteiligt – das ist so vorgeschrieben... Reicht es aus, viermal im Jahr eine Zeitung herauszugeben und eine Internetseite zu betreiben, um die Bevölkerung zu informieren?

Es gab mal Zeiten, da verfügte der Bezirk selbst über Mittel, um Straßen, Plätze, Schulen und auch die Grünflächen zu erhalten bzw. zu pflegen. Und das in jedem Kiez, nicht nur in ausgewählten „Stadtteilen mit besonderem

Entwicklungsbedarf“. Doch Berlin ist pleite. Straßen, Plätze und Grünflächen verkommen. Da muss ein Quartiersmanagement her, um mit Hilfe von EU- und Bundesmitteln das Schlimmste zu verhindern. Schließlich hat der Wedding ein bestimmtes Image, das aufgebessert werden muss. Dann klappt es auch mit den Investoren, dann ziehen die besser Verdienenden in den Wedding... Doch was haben wir davon, die wir hier wohnen? Von der so genannten „Gentrifizierung“, bei der bis dahin nicht hochwertige Stadtgebiete aufgewertet werden? Inwieweit führt z. B. der Ausbau des Weges an der Panke zu einer Aufwertung des Umfeldes? Wird es zu einer Verdrängung der dort lebenden Bevölkerung kommen? Noch sind die Mieten in der Berliner Innenstadt niedrig im Vergleich mit anderen Großstädten wie München oder gar London...

QM Reinickendorfer Straße/Pankstraße:
Vor-Ort-Büro: Herr Luchmann,
Frau Altunkaynak, Frau Walz
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
Tel.: 030-7474-6347
Fax: 030-7474-6349
E-Mail: qm-pank@list-gmbh.de
Internet: www.pankstrasse-quartier.de

Rente mit 67

von Arslan Yilmaz

verschärft Massenarbeitslosigkeit und Altersarmut

Die Bundesrepublik steht vor dem vorläufigen Höhepunkt der größten Demontage des Sozialsystems seit ihrem Bestehen.

Das Bundeskabinett hat Ende Januar den Weg für die „Rente mit 67“ geebnet und - trotz Massenprotesten der Gewerkschaftler, trotz einer Mehrheit von 73 % gegen die Reformen in der Bevölkerung - den Gesetzentwurf zur schrittweisen Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre gebilligt. Im März soll er im Bundestag verabschiedet werden.

Die Menschen in Deutschland sind bezüglich der Zukunft ihrer Renten zu Recht tief verunsichert. Die geplanten Maßnahmen

bedeuten das Aus für das seit über 100 Jahren paritätisch finanzierte Rentensystem.

Gewinner dieser Reform sind, wie auch bei

Brot und Rosen - Frauenrecht als Menschenrecht

Der **Internationale Frauentag** (International Women's Day) wird weltweit am 8. März begangen. Woher die Anregung zu einem besonderen Frauentag kam, ist umstritten. Da waren die Demonstrationen New Yorker Arbeiterinnen 1858 gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn, die Streiks der Tabak- und Textilarbeiterinnen 1908 in Manhattan und der achtwöchige Streik von 20.000 Hemdennäherinnen. 1909 führten die nordamerikanischen Sozialistinnen erstmals einen nationalen Frauentag durch.



Am 27. August 1910 beschloss auf Initiative von Clara Zetkin die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. 1911 demonstrierten Frauen in Deutschland, Dänemark, Österreich, Schweden, der Schweiz und den USA. Zentrale Forderungen waren: Arbeitsschutzgesetze, Wahlrecht, gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, Achtstundentag, ausreichender Mutter- und Kinderschutz, die Festsetzung von Mindestlöhnen, gegen den imperialistischen Krieg. Am 8. März 1917 streikten in Petrograd

Textilarbeiterinnen. 1921 setzte die 2. Internationale Konferenz der Kommunistinnen den 8. März als einheitliches Datum für den Internationalen Frauentag fest. In Deutschland war der Internationale Frauentag zwischen 1933 und 1945 verboten. Stattdessen wurde der Muttertag 1933 offizieller Feiertag. Bereits 1946 fanden in der sowjetischen Besatzungszone wieder Feiern zum Frauentag statt. In der DDR wurde der 8. März nicht mehr als Frauentag, sondern als „Ehrentag“ der Frauen gefeiert. In Westeuropa gewann der Tag seit den 70er Jahren wieder größere Bedeutung: Themen waren u. a. der § 218, die Rechte von Ausländerinnen, die Diskriminierung nicht-heterosexueller Lebensweisen und die bessere Sicherung der Frauenrechte im europäischen Rahmen. 1975 wurde der 8. März von der UNO zum Internationalen Frauentag ausgerufen. Weltweit werden Frauen aufgrund ihres Geschlechtes ausgebeutet, ihnen wird Gewalt angetan, das Recht zur Selbstbestimmung genommen und sie werden von Bildung ausgeschlossen.

Das Motto des Frauentages 2007 ist: „Weitergehen. Zwei Schritte vor. Keinen Zurück.“

Brian E. Janssen

„Wir müssen Sorge tragen, dass der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage all den reaktionären Maßnahmen der besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung ist.“

(Clara Zetkin in der Zeitschrift „Gleichheit“)

Das Motto des Frauentages 2007 :

„Weitergehen. Zwei Schritte vor. Keinen Zurück.“

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März führten wir folgendes Interview mit Patrizia Testa, der Frauenbeauftragten der Fakultät III (Prozesswissenschaften) der TU Berlin. Sie ist die Anlaufstelle für Studentinnen in Not unter anderem.

Uff'n Wedding: Erzähle von Deiner Arbeit. Was musst Du als Frauenbeauftragte an der TU alles machen? Was sind Deine Aufgaben?



Patrizia Testa: Meine Hauptaufgabe ist es, Stellenbesetzungsverfahren zu begleiten, wie es auch vom Gesetzgeber vorgesehen ist. Das fängt bei studentischen Hilfskraftstellen an, bis zu Berufungsverfahren für neue Professoren und Professorinnen. Ich gehe nach Möglichkeit zu allen Bewerbungsgesprächen, die an der Fakultät stattfinden, für alle möglichen Stellen. Ich unterschreibe dann alle Einstellungsanträge. Ohne meine Unterschrift wird niemand eingestellt. Das nimmt tatsächlich die Hauptzeit in Anspruch. Dann habe ich Sprechstunden, zweimal in der Woche

Uff'n Wedding: Wie groß ist der Frauenanteil an dieser Fakultät? Dies ist ein technischer Studiengang, den Du betreust. Wie groß ist das Interesse der Frauen an diesem Fach?

P. Testa: Wir haben sieben Studiengänge an unserer Fakultät. Wir sind eine ingenieur-wissenschaftliche Fakultät, mit einem sehr hohen Frauenanteil. In der Energie – und Verfahrenstechnik, der Gebäudetechnik und in den Werkstoffwissenschaften haben wir knapp 20% Frauenanteil. Im technischen Umweltschutz haben wir knapp 40%. Dann gibt es hier noch die Biotechnologie, die ca. 50 % hat, und die Lebensmitteltechnologie mit knapp 60%. Was enorm viel ist. Daran sieht man eben auch, dass es durchaus unter den Studentinnen ein geschlechtsspezifisches Studienwahlverhalten gibt. An anderen Fakultäten wie Maschinenbau und Elektrotechnik sind es zum Teil noch unter 10%.

Uff'n Wedding: Kann man denn annehmen, dass in technischen Fächern solche Art Belästigungen öfter vorkommen als in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern? Gibt es in diesen Studiengängen, in denen eine „Männerdomäne“ verteidigt werden muss, ein stärker abwertendes Verhalten der Studenten gegenüber ihren Kommilitoninnen, ein größeres „Machismo“ als in anderen Studiengängen?

P. Testa: Könnte man annehmen, ist aber nicht so. Die zentrale Frauenbeauftragte erfasst ja die gemeldeten Fälle von sexueller Belästigung. Erstaunlicherweise gibt es in den Geistes- und Sozialwissenschaften wesentlich mehr Fälle. Das mag auch mit der Fachkultur zusammenhängen, dass dort zumindest an der Oberfläche persönlichere Kontakte und Verhaltensweisen gepflegt werden als in den technischen

weg. Ganze Viertel werden zu „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Hinzu kommt die katastrophale Finanzsituation des Landes Berlin, die zu ungenügend ausgestatteten Bezirkshaushalten geführt hat. Berlin spart? Nein, es wird nicht gespart, sondern gekürzt und gestrichen. Die Ursachen (s. Berliner Bankenskandal) sind bekannt. Gekürzt wird bei Sozialleistungen und beim baulichen Unterhalt von Straßen und Plätzen.

Dem soll das Programm „Soziale Stadt“ entgegenwirken. Ziel des Programms ist es, das Image des Stadtteils und die Identifikation mit diesem zu stärken, die Wohn- und Lebensbedingungen zu verbessern, die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), aus Mitteln des Bundes (Städtebauförderung) und des Landes finanziert.

Der Berliner Senat hatte 1999 fünfzehn „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ festgelegt, die Ende 2001 um zwei Stadtbereiche erweitert wurden. 2005 beschloss der Berliner Senat, zwei Gebiete zu erweitern, sechzehn neue Quartiersverfahren einzuführen und drei QM-Gebiete in Bewohner- und Bezirksgetragene Verfahren überzuleiten.

Fünf QM-Gebiete befinden sich im Wedding: Ackerstraße Nord, Brunnenviertel, Reinickendorfer-/Pankstraße, Soldiner Straße und Sparrplatz.

Das QM Reinickendorfer Straße/Pankstr.

Anfang 2002 wurde die L.I.S.T. GmbH von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Kooperation mit dem Bezirksamt Mitte mit dem Quartiersmanagement Pankstraße/Reinickendorfer Straße beauftragt.

Das Gebiet des QM Pankstraße ist rund 73 Hektar groß und liegt im Bezirk Mitte (Ortsteil Wedding). Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Im Gebiet leben ca. 15.000 Menschen, davon sind 41,6 % ausländischer Nationalität.

Das Quartier Pankstraße setzt sich aus vier Teilgebieten zusammen, und zwar aus den Gebieten rund um die Malplaquetstraße, dem Dreieck zwischen Reinickendorfer- und Schulstraße, rund um Nettelbeck- und Weddingplatz sowie östlich der Wiesenstraße.

Zwischen 2002 und 2006 wurden im Gebiet des QM Pankstraße verschiedene Projekte gefördert, so u. a. der Einsatz von Kiezläufern, die Lückenschließung im Pankeweg zwischen Gericht- und Pankstraße, die Umgestaltung des Leopoldplatzes, des Utrechter Platzes, des Nettelbeckplatzes, des Schulhofes der Albert-Gutzmann-Schule und die Modernisierung der Erika-Mann Grundschule. Mit der Planung zur Umgestaltung des Nauener Platzes wurde begonnen. Im Rahmen des Programms Soziale Stadt unterstützt das QM Pankstraße die Freiwilligenagentur (Schulstr. 118).

Das QM Pankstraße veranstaltet regelmäßig ein Frauenfrühstück und einen Frauennachmittag, um den interkulturellen Dialog zu fördern. Nächster Frauennachmittag ist am 08.03.2007 (internationaler Frauentag), 16.00 – 19.00 Uhr, im Türkischen Kulturverein, Lindowerstraße 24, 13347 Berlin.

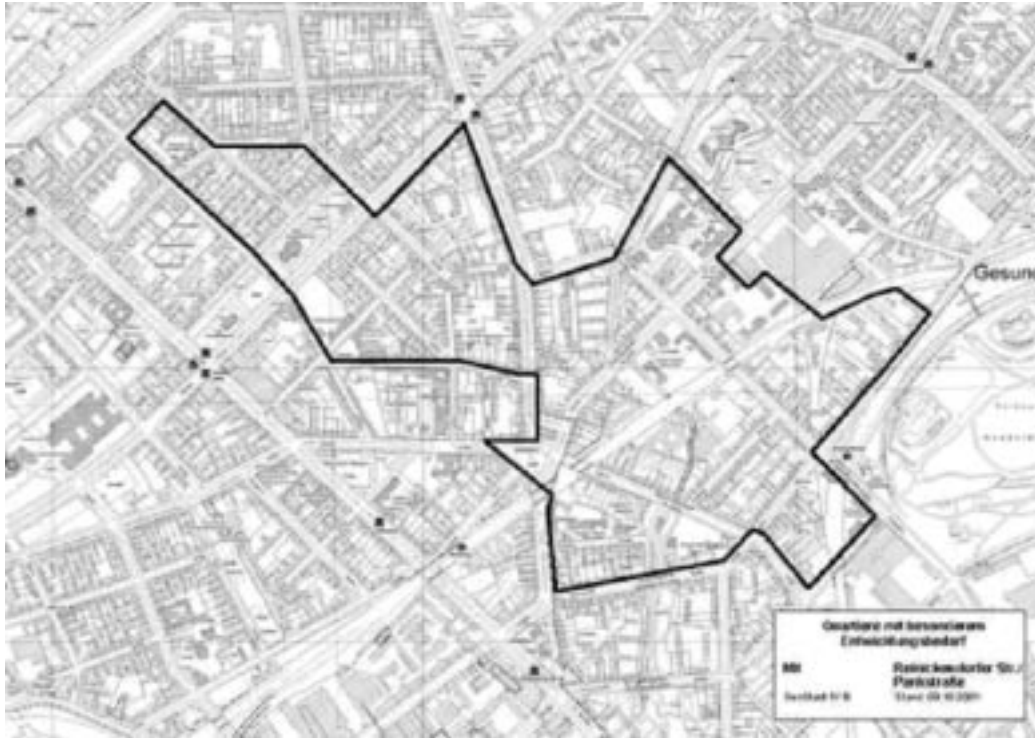
In einem jährliche Aktionsfond wird den Kiez-BewohnerInnen Geld für gemeinsame Projekte zur Verfügung gestellt (ca. 15.000 Euro/Jahr). Die Vergabe der Mittel regelt ein Aktionsfondbeirat, der alle zwei Jahre neu gewählt wird.

Über Fördermittel im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ entscheidet der Quartiersrat mit. Das mehrheitlich mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Kiez besetzte Gremium setzt sich aus 20 Personen zusammen und wird alle zwei Jahre neu gewählt, durch eine Bürgerversammlung, die mindestens zweimal jährlich stattfindet. Nach Diskussion und Bewertung durch den Quartiersrat trifft das Bezirksamt die endgültige Entscheidung.

Ideen für den Kiez - unser Kiez soll schöner werden...

von Brian E. Janßen

Wohnen Sie in einem „Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf“? Gibt es bei Ihnen ein Quartiersmanagement? Ja, wer „managet“ denn hier mein Quartier?



Gebiet des QM Pankstraße in Mitte, Ortsteil Wedding

Das Programm mit dem Titel „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ geht auf eine bundesweite Initiative zurück, die 1996 ins Leben gerufen wurde, als Folge der Agenda 21, einem entwicklungs- und umweltpolitischen Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, demzufolge viele der globalen Probleme am besten auf der örtlichen Ebene gelöst werden könnten. Mit der Vorstellung von nachhaltiger Entwicklung sollen durch eine dementsprechende Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt wer-

den, ohne die Chancen künftiger Generationen zu beeinträchtigen.

Die zunehmende Verarmung von immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung, die Umverteilung von „Unten“ nach „Oben“ wirken sich ganz konkret auf den Stadtteil und das unmittelbare Wohnumfeld der Betroffenen, den Kiez, aus: Es ist immer weniger frei verfügbares Einkommen vorhanden, immer mehr Läden müssen schließen – Perspektivlosigkeit führt insbesondere bei Jugendlichen zu steigender Gewaltbereitschaft. Wer es sich leisten kann, zieht

Fächern. Zudem glaube ich, dass in den Geistes- und Sozialwissenschaften, gerade wenn es um die wissenschaftliche Karriere geht, sich die Herren wesentlich mehr angegriffen fühlen.

Uff'n Wedding: *Aus welchen sozialen Schichten kommen die Frauen, die sich für ein technisches Studium begeistern?*

P. Testa: Das ist etwas, was von der Hochschule kaum erfasst wird, aus welchen sozialen Hintergründen die Studierenden kommen. Nach meiner Erfahrung ist es eher so, dass sehr viele Frauen, die sich für ein technisches Studium entscheiden, in ihrem direkten Umfeld oft ein Vorbild haben. Frauen aus Arbeiterfamilien bevorzugen eher ein technisches Studium.



Uff'n Wedding: *Wie ist die Entwicklung der Gleichstellung von Mann und Frau aus Deiner Sicht? Haben wir innerhalb der letzten dreißig Jahre Fortschritte gemacht?*

P. Testa: Ich denke, dass sich in den letzten dreißig Jahren tatsächlich sehr viel getan hat. Es ist zumindest selbstverständlicher geworden, dass Frauen technische, naturwis-

senschaftliche Berufe ergreifen. Aber „normal“ ist es auch noch nicht. Es wird immer noch als etwas Außergewöhnliches empfunden.

Uff'n Wedding: *Du wohnst im Wedding. Was gefällt dir hier? Und was gefällt Dir eher nicht? Was würdest Du ändern wollen?*

P. Testa: Ich wohne seit 26 Jahren im Wedding und ich wohne sehr gerne hier. Was ich am Wedding mag, ist, dass es so ein unprätentiöser Bezirk ist, kein Schickimicki wie in Prenzlauer Berg oder in Mitte. Auf der anderen Seite muss ich die Armutsentwicklung als das Negative am Wedding bewerten. Die soziale Schichtung und die sozialen Probleme nehmen zu und so etwas sieht man natürlich nirgendwo gern. Das ist eine Entwicklung, die es aufzuhalten gilt. Aber weil ich selbst auch aus einer Arbeiterfamilie stamme, lebe ich gerne hier. Ich glaube, ich würde mich in Zehlendorf nicht wohl fühlen, selbst wenn ich das Geld hätte. Wenn ich im Lotto gewinnen würde, würde ich mir eine Wohnung im Wedding kaufen!



Das Interview, das hier nur in Auszügen wiedergegeben wird, führte Havva Kökbudak, Die Linke.PDS, BO Wedding. Das vollständige Interview können sie auf unserer Webseite, www.linkstreff.de, lesen.

Noch in diesem Jahr vereinigen sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei **DIE LINKE**.

Eine historische Chance für alle linken demokratischen Kräfte, gemeinsam für eine gerechte, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Gesellschaft zu kämpfen. Für welche Werte die neue Partei steht und welche Ziele sie verfolgt, stellen wir seit der Februarausgabe vor mit Auszügen aus den programmatischen Gründungsdokumenten.

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab. Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und anti-patriarchalisch, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Wir sind Teil der Europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

II. Eine andere Welt ist nötig

Der Neoliberalismus tritt im Namen von mehr Freiheit an, doch werden alle Lebensbereiche der Kapitalverwertung und insbesondere der Steigerung der Aktienkurse auf den Finanzmärkten unterworfen. Neoliberale Kräfte fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugunsten eines repressiven Wettbewerbsstaats ab. Sie berufen sich auf die Demokratie und versuchen, Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen und Bewegungen zu schwächen. Sie verfolgen eine unsolidarische Politik der Privatisierung, Deregulierung und Unterordnung aller Lebenssphären unter die Märkte. Sie lösen neue imperiale Kriege aus und verschärfen die Terrorgefahren. Statt Chancengleichheit zu fördern, vergrößern sie die Kluft zwischen oben und unten. Niedriglohnsektoren breiten sich aus. Steigende Gewinne gehen einher mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Große Teile der Bevölkerung wenden sich von der Teilnahme an der



demokratischen Willensbildung ab.

Durch die globalen Finanzmärkte wirken die Renditeansprüche des Kapitals schrankenlos und weltweit. Arbeitsplatzverlust, Realeinkommensenkung und unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind für viele Menschen Alltag. Die an den Kapitalbedürfnissen ausgerichtete Flexibilisierung der Produktion und des Arbeitsmarktes zerstört das Familien- und Gemeinschaftsleben. Öffentliches Eigentum wird privatisiert und politischer Gestaltung entzogen.

Der globale Kapitalismus verschärft die Umweltkrise. Seine Wirtschaft orientiert sich an kurzfristigen Börsenkursbewegungen. Dies steht in einem tiefen Widerspruch zu den langfristigen Zyklen der Natur.

Neoliberaler Kapitalismus bedeutet Entdemokratisierung. Bei den internationalen Finanzfonds, transnationalen Konzernen und in den supranationalen Organisationen des globalen Kapitalismus – Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Weltbank usw. – ist eine ungeheure Machtfülle konzentriert. Sie sind jeder demokratischen Kontrolle entzogen.

Mit der Europäischen Union ist ein neu-

er Raum für gemeinsame soziale Kämpfe, Bewegungen für Frieden und nachhaltiges Wirtschaften, für Demokratie und gegen Rassismus und Nationalismus entstanden. In Europa sind die freie Bewegung des Kapitals, die Verlagerung von Produktionsstätten und die Wanderung von Arbeitskräften alltäglich. Der Zusammenschluss von Gewerkschaften, demokratischen Initiativen, der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung stehen jedoch erst am Anfang.

Mit der Partei der Europäischen Linken hat sich eine Kraft auf den Weg gemacht, Mitglieder verschiedener linker Parteien in Europa zum gemeinsamen politischen Handeln zu vereinen.

Die imperiale Politik unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika zielt auf eine ganz der Kapitalverwertung untergeordnete Welt, auf die ungehinderte Verfügung über Rohstoffe und Energieträger, auf Ausweitung von Herrschaft und Einfluss-sphären. Aufgekündigt ist die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg verbietet. Die NATO und die Europäische Union setzen auf globale Eingreiftruppen. Im Na-

men eines Kreuzzuges gegen den Terrorismus kommen Tausende unschuldiger Menschen ums Leben. Eine Spirale der Gewalt erzeugt immer neue Bereitschaft zu Terrorakten, der menschenverachtenden Antwort auch auf die Arroganz imperialer Macht und die tiefen Gräben zwischen reichen und armen Ländern.



Hier errichten
notorische Weltverbesserer

DIE NEUE LINKE.

Sie nehmen dazu Geduld, Toleranz,
Sachverstand und gehen mit Humor ans Werk.

Gesponsert wird der Bau weder vom
dicken Geld, noch von Unternehmerverbänden.
Auch hat der Papst ihn noch nicht gesegnet.
Möge er trotzdem gelingen!

DIE LINKE. PDS

WASG